

Überwindung der Eurokrise und Stabilisierungsoptionen der Wirtschaftspolitik: Perspektiven für Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa

*Gutachten im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen*

19. Februar 2013; Stand Studie= 31. Januar 2013

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen
(EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal, Lehrstuhl für Makroökonomik;
Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Wirtschaftsintegration

www.eiiw.eu



EIIW an der Bergischen Universität Wuppertal mehr als 15 Jahre preisgekrönte ökonomische Analyse



Überwindung der Euro-Krise, EIIW-
Gutachten für Landesregierung NRW

EIIW weltweit vernetzt mit IOs, preisgekrönte unabhängige Analysen zu Wirtschaft/Wirtschaftspolitik

EIIW-Analysen/Prof. Welfens u.a. für

US Senat

Europäische Kommission

Europäisches Parlament

Deutscher Bundestag;

Deutsche Bundesregierung

Landesregierung NRW

Wirtschaftsministerium NL

IMF, Washington

ITU, Genf

BNetzA, Bonn

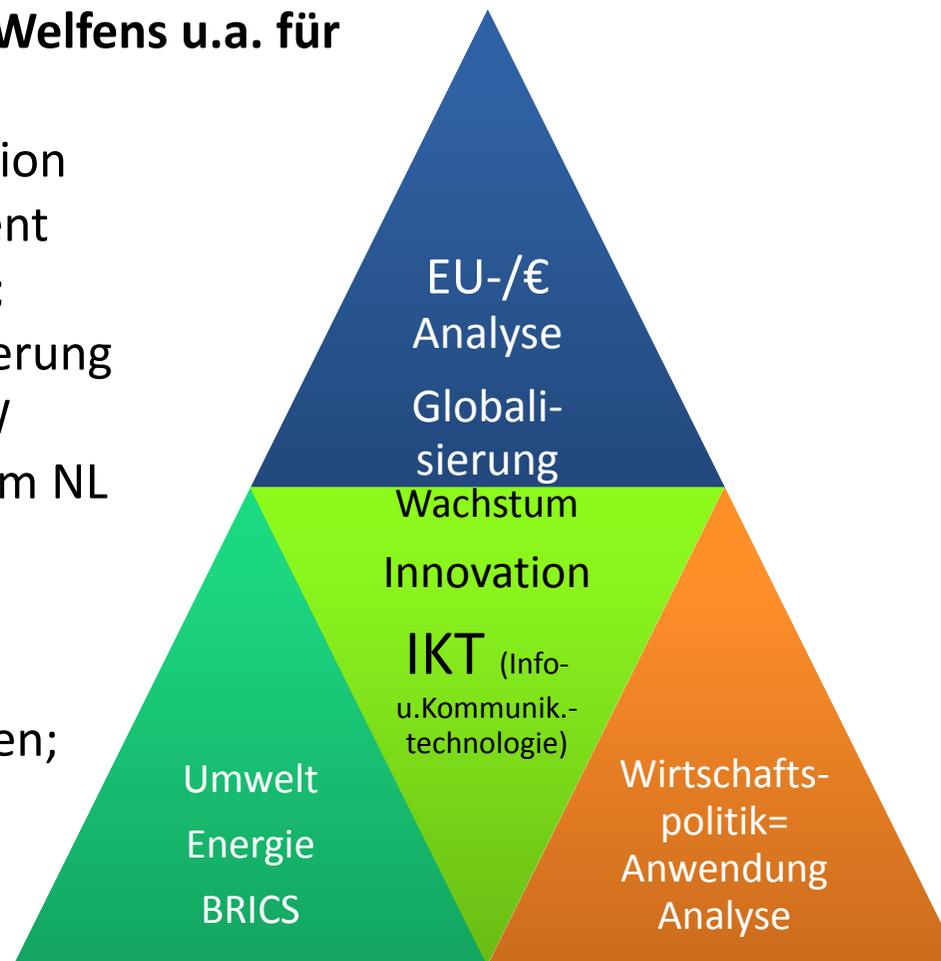
führende Unternehmen;

Stiftungen;

Kooperation mit

Top-Institutionen

und Forschern



Gliederung

1. Eurokrise und Wirtschaftspolitik: Problemdruck in Europa
2. **Krisendynamik in der Eurozone – Entwicklungen, Maßnahmen, Perspektiven**
3. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens als Wirtschaftszentrum in Europa: Risiken aus der Euro-Krise und Fragen der Bankenaufsicht
4. **Überwindung der Krisenprobleme in Kohäsionsländern und anderen Krisen-Ländern**
5. Herausforderung: Nachhaltige Stabilisierung der Eurozone und Sicherung der Euro-Vorteile
6. Zum Problemüberhang aus der Transatlantischen Bankenkrise
7. Sondereffekte der Euro-Krise bei der Zinsentwicklung: von der Zinskompression für Deutschland zur Normalisierung des Zinsniveaus auf mittlere Sicht
8. **Inwiefern ist mit einer fortschreitenden Krisenentwicklung in der Eurozone zu rechnen?**
9. Welche Effekte sind aus einer Politik der geldpolitischen Lockerung (QE-Politik) zu erwarten?
10. Mittelfristige institutionelle Reformperspektiven des Van Rompuy-Papiers
11. Europäische Soziale Marktwirtschaft im globalen Systemwettbewerb
12. **Besondere internationale Verantwortung der Eurozone und mittelfristige Perspektiven für Wachstum und Stabilität**

Ausgangspunkte

2010:
Griechen-
land-Krise*;
Irland-
Krise**

2011: Portugal,
Italien,
Spanien (nach
21.8-Gipfel=
hair-cut Greece)

2012: Spanien-
Bankenkrise;
Zypern mit ernster
Krise, Slowenien...

*4 % Defizitquote 2009 nach Brüssel gemeldet, 15,6% Ist

** jahrelang EU-Bankenaufsichtsregeln ignoriert = über-
riskante Bankenexpansion=Defizitquote Staat 31% 2010

Überwindung der Eurokrise und Stabilisierungsoptionen der Wirtschaftspolitik: Perspektiven für Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa

Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

- Analyse zur Euro-Krise auf aktuellem Stand; Lob für EZB
- Einbeziehung der Problematik: Haftung & Kontrolle...
- Kritik an Euro-Analyse des Ifo-Institutes bzw. H.-W. Sinn
- Differenzierte Diagnose zu Krisenländern bzw. Eurokrise
- Betrachtung der relevanten Effekte bzw. Reform-Optionen
- Kritische Punkte zur bisherigen Diagnose bzw. zum Krisenmanagement; einige Fortschritte, aber Griechenland-Stabilisierung FALSCH angepackt
- Defizitregel-Chaos: Neue Regeln/Fiskalpakt= bewirkt wenig
- Bankenunion – da droht einiges schief zu laufen...
- Zahlreiche Vorschläge, wie man Probleme nachhaltig löst
- **Politikunion = 5% des BIP in Brüssel ausgeben + Eurobonds = Ende Krise; 2,5% Senkung der Steuern o. Bildungsausgaben+**
- **Studie = Kein Stein des Weisen; Vertrauen in Weisheit demokratischer Debatten und rationaler Argumente**



Paul J.J. Welfens
Die Zukunft des Euro
Die europäische Staatsschuldenkrise
und ihre Überwindung

Berlin 2012

nicolai

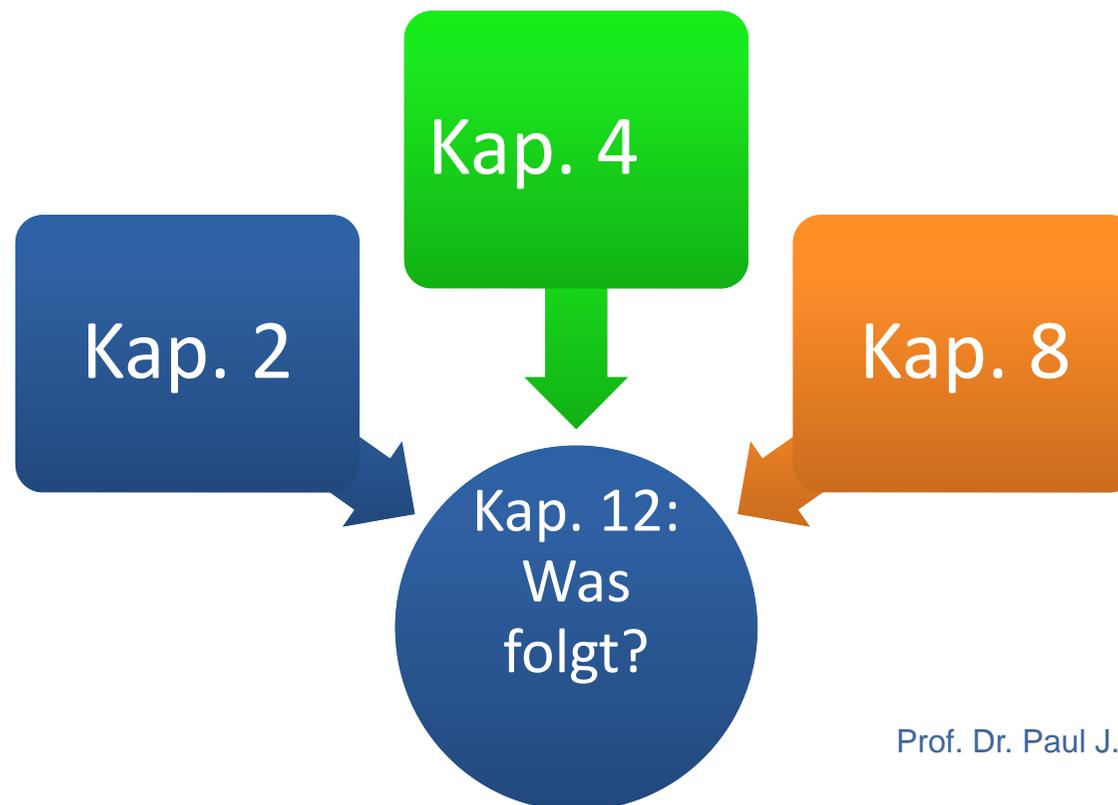
Buch: Welfens, Transatlantische Bankenkrise (Lucius Verlag, Stuttgart, April 2009)

S. 158 steht (am 30.10.2008 an Kanzleramt gemailt, 18 Monate vor Beginn der Krise): „Die Euro-Zone könnte in erste Schwierigkeiten geraten, wenn die Risikoprämien für... Griechenland, Italien, Spanien oder Portugal stark ansteigen. Es ist mit Blick auf Griechenland und Italien als Länder mit hohen Schulden- und Defizitquoten sowie hoher Auslandsverschuldung keineswegs ausgeschlossen, dass bei einer temporären Verschärfung der globalen Finanzkrise eine marktmäßige Refinanzierung nicht mehr darstellbar ist...“ = **Szenario/Prognose der Euro-Krise**

Neue Studie 2013: Besonderer Fokus der Präsentation

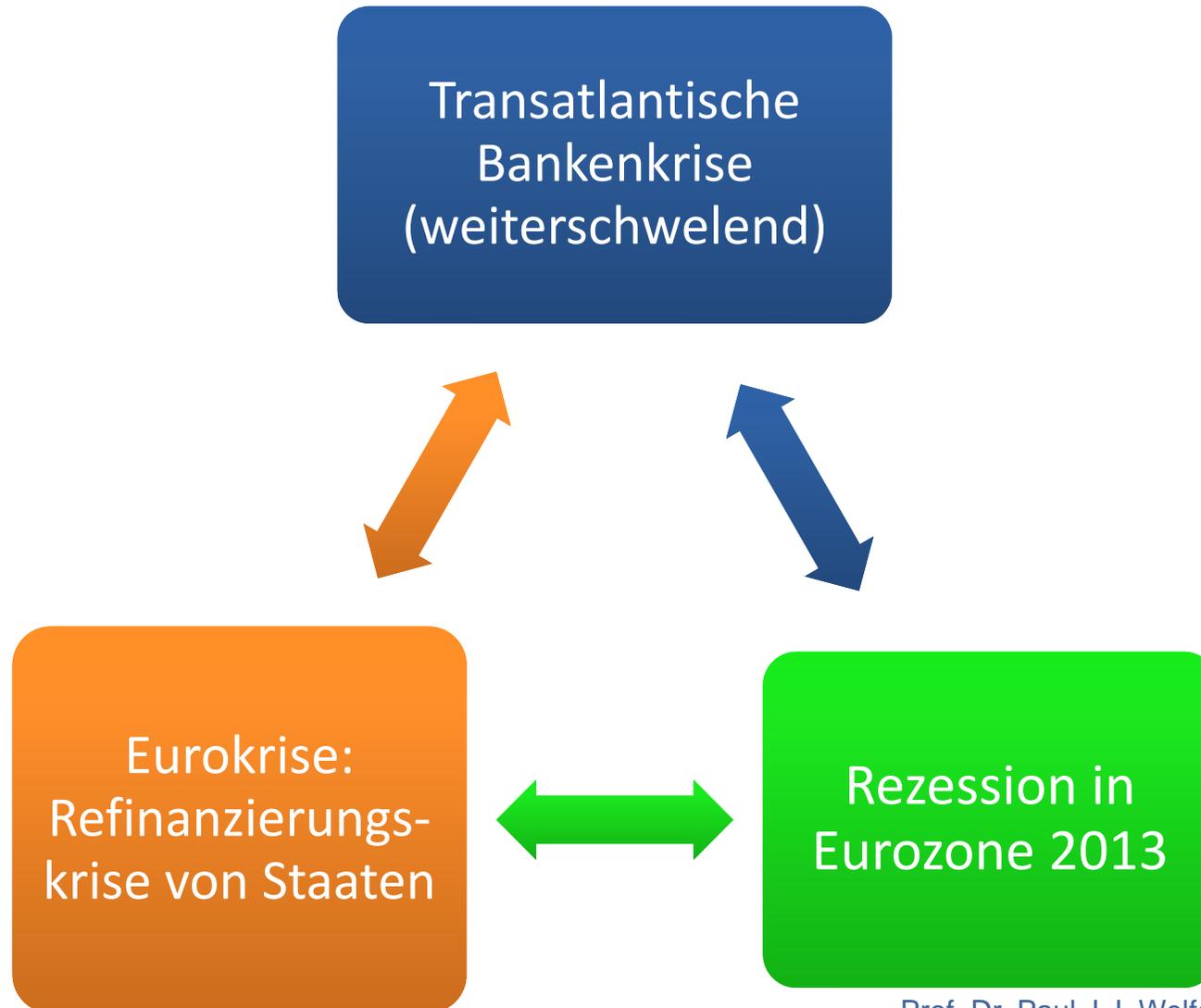
* Krisendynamik (Kap. 2); * Überwindung der Krisenprobleme in Krisenländern (Kap. 4), fortschreitende Krisenentwicklung in Eurozone? (Kap. 8)

Internationale Verantwortung u. Reformperspektiven (12)





2. Krisendynamik in der Eurozone – Entwicklungen, Maßnahmen, Perspektiven (3 Krisen, die sich überlagern)



Ausgangspunkte aus Sicht Nordrhein-Westfalen

Euro-Krise Deutschland und EU bzw. Eurozone als mehrjährige Belastung

NRW als europäischstes Bundesland (Lage von NRW in Europa)

NRW-Wirtschaft starker Exporteur/Import. EU, €zone

NRW auch als Zuwanderungspool: ca. $\frac{1}{4}$ von 2 Mio. + in 1 Dekade = Chance

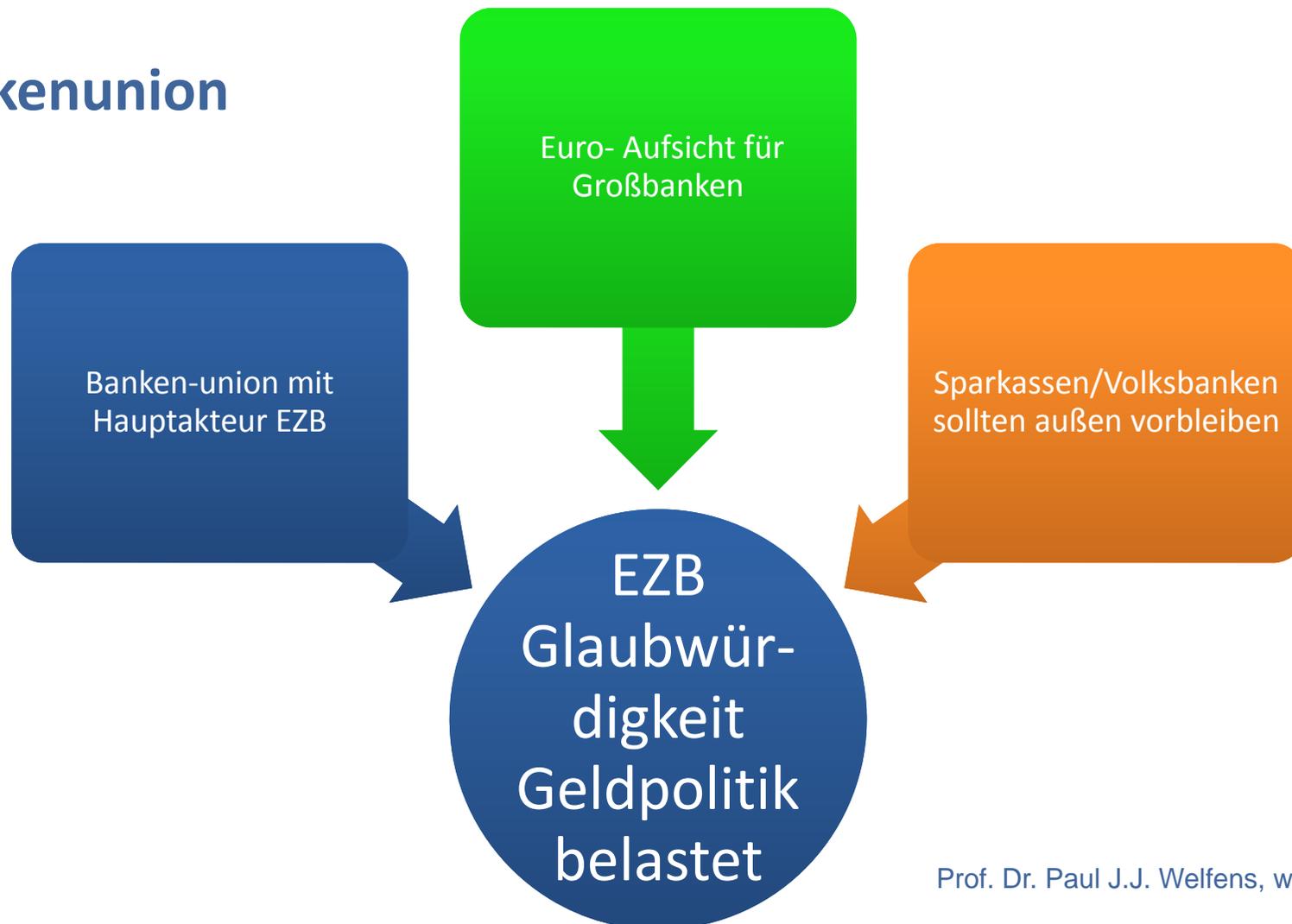
NRW, das von Euro-Risiken & Sichere-Hafen-Effekten, Bankenunion betroffen

NRW als möglicher Impulsgeber für Euro-Reformen; Städtepartnerschaften; Erfahrung



4. Überwindung der Krisenprobleme in Kohäsionsländern und anderen Krisen-Ländern

Bankenunion



wichtige Befunde

Eurokrise beherrschbar, Risiken überschaubar; aber mehrjähr. Problem. Wichtiger Effekt =Zuwanderung 2 Mio. + für Deutschland binnen einer Dekade

Griechenlandproblem falsch angegangen;
Wahrheit Irland u. Griechenland unbekannt;
EZB-Politik weitgehend angemessen

€-Währungsintegration wertvoll=
10000 € Vorteil pro Kopf

Defizitregeln konfus: 3% Stab.pakt, aber 0,5% strukt.
Defizitquote im Fiskalpakt. Regeln durchsetzbar nur in
Politikunion; nur mit mehr supranationaler Fiskalpolitik
Policy Mix optimal(Abstimmung Fiskal- und Geldpolitik)

Eurokrise 2013/2014

Stolpersteine

IMF hält Euro-Defizitregeln für unklar
(Artikel IV-Bericht 2012 zu Eurozone)

IMF: Griechenland hat Finanzierungslücke
ab 2014 (ca. 40 Mrd. €)

Griechenland = 6. Rezessionsjahr in 2013
=30% Arbeitslosenquote = FEHLER

Frage nach politischer Stabilität

- a) Italien
- b) Spanien
- c) Griechenland

EZB: Ankündigung 6.9.2012 OMT=bedingter Ankauf Staatsanleihen (1-3 J. Laufzeit) Krisenländer/ESM-Vereinbarung



Deutschland profitiert von Sichere-Hafen-Effekt

Zinssenkung um 2%
(Deutsche Bundesbank, 2010)

2% auf 2000 Mrd.
Staatsschuld = 10-40
Mrd. € p.a =ca 200
Mrd. 7 J.(2010-17)

IFO/Sinn ignorieren
Sichere-Hafen-Eff.;
Risikoanalyse ist
unsolide

Konfuse Debatte unter Ökonomen zu Risiken und Chancen bzw. Reformfordernisse in Euro-Krise



8. Inwiefern ist mit einer fortschreitenden Krisenentwicklung in der Eurozone zu rechnen? Eurobonds (Gemeinschaftsanleihen; nach Reform...)

Zypern-Krise
Slowenien-Krise (?)
Spanien-Krise
Italien-Krise
Griechenland-Krise
Portugal-Krise
Irland-Krise



Wie hoch sind die Euro-Vorteile (bei funktionsfähiger Währungsunion)? Welfens 9. Mai. 2012, Finanzausschuss/Dt. Bundestag

Tabelle 1: Dauerhafte Vorteile der Währungsunion in Kombination mit politischer Union: Erhöhung des realen Wirtschaftswachstums in Prozentpunkten (inklusive "kostenlose" Importe von Gütern im Kontext des Reservewährungseffektes)

1) Vorteil aus Reservewährungsstatus	0.44% - 0.66%
2) Wegfall von Transaktionskosten	0.05%
3) Schaffung Supranationaler Euro-Anleihen	0.15% - 0.25%
4) Verstärkung des Wettbewerbs/Erhöhung des technischen Fortschritts	0.01%
5) GESAMTEFFEKT	0.7% - 1%

Quelle: Berechnungen Prof. Welfens/EIIW an der Bergischen Universität Wuppertal

1 % des Euroland-Jahres-Bruttoinlandsprodukts von 9500 Mrd. € = 95 Mrd. €; zu 3% kapitalisiert = 3167 Mrd. €/330 Mio. Einwohner Euroland = 10 000 € Vorteil pro Kopf

Langfristige Herausforderungen für Eurozone? Orientierungen gesucht.../Rettungsarbeiten machbar/Probleme komplex



Es fehlt eine durchdachte Strategie Euro-Stabilisierung

Die Schwächung der EU/der Eurozone ist sichtbar: Vertrauen gesunken; Wenn die Euro-Gipfelei weitergeht, wird EU zerbröseln: Führungslos, ohne politischen/ökonomischen Markenkern! Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, www.eiiv.eu



12. Besondere internationale Verantwortung der Eurozone und mittelfristige Perspektiven für Wachstum und Stabilität

Es ist aus ökonomischer Sicht ist zu diesem in 2012/2013 primär wirksamen Impuls hierzu anzumerken:

- **Ein Wachstumspaket, das 1% des Euro-Bruttoinlandsproduktes ausmacht, ist durchaus ein nennenswerter Impuls, aber die inhaltliche Fokussierung ist nicht ohne weiteres als zielführend anzusehen, da in Krisenländern andere Impulse notwendig sind als in stabilen Euro-Ländern oder gar osteuropäischen Mitgliedsländern.**
- Mit Blick auf osteuropäische EU-Länder ist festzustellen (PAQUE, 2010), dass der Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber Deutschland vor allem durch **eine Innovationslücke** zu erklären ist und von daher ist das Thema Innovationsförderung bzw. Entwicklung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen wichtig; was für einige osteuropäische EU-Länder gilt, dürfte auch für Griechenland, Spanien und Portugal relevant sein.

Euro-Politikunion

5% Staatsquote supranational

Eurobonds = Einsparung bei Zinsausgaben; Bankenstabilität+

Aufgaben- und Ausgabenverlagerung

Euroland-Steuer (z.B. Finanztransaktionssteuer)

Euro-Konjunkturpolitik

Abbildung 1: Vorteile und Nachteile aus der Eurokrise (aus GUTACHTEN)



Abbildung 2: Kooperation Supranationaler Politikakteure in der EU

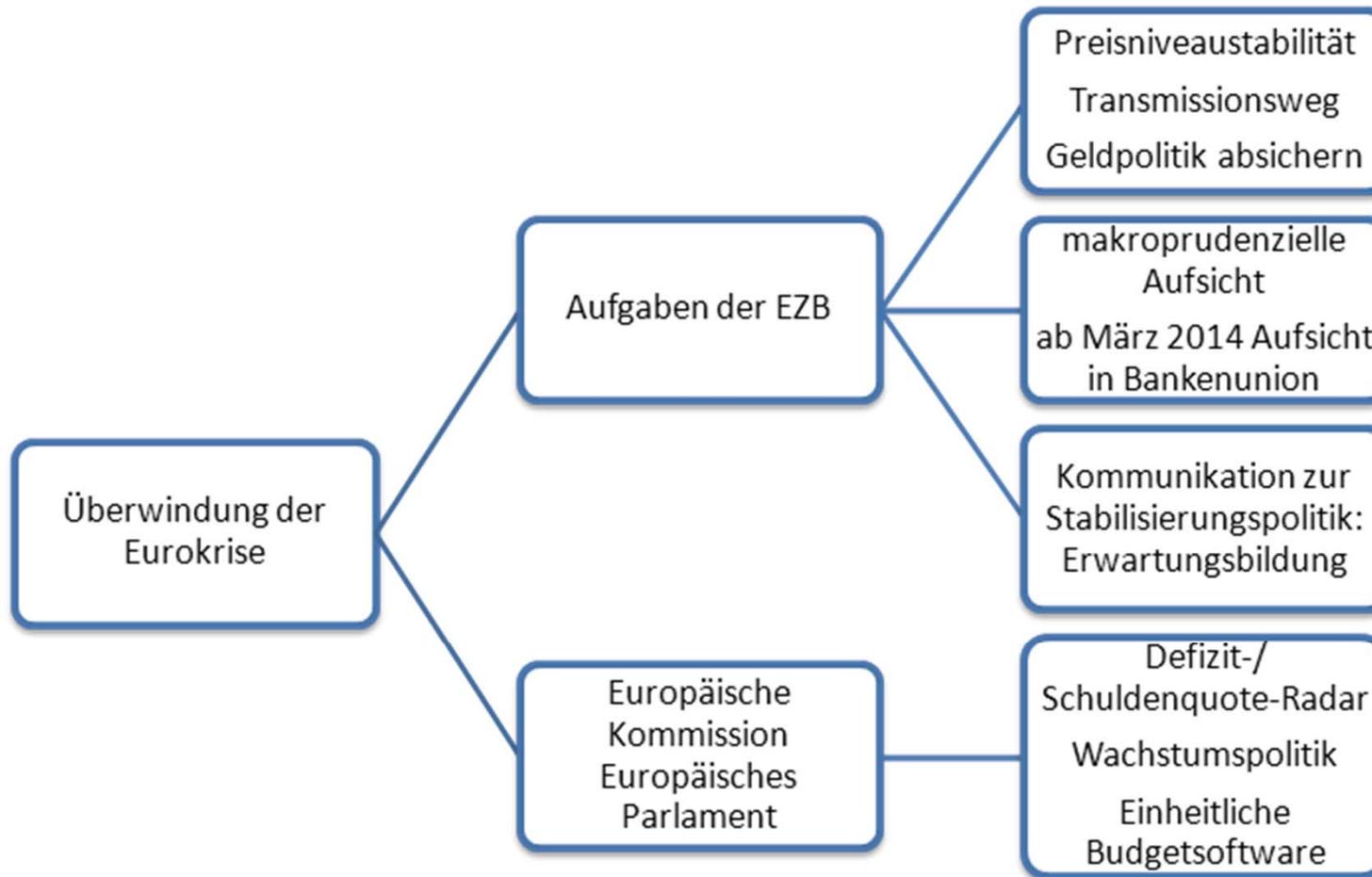
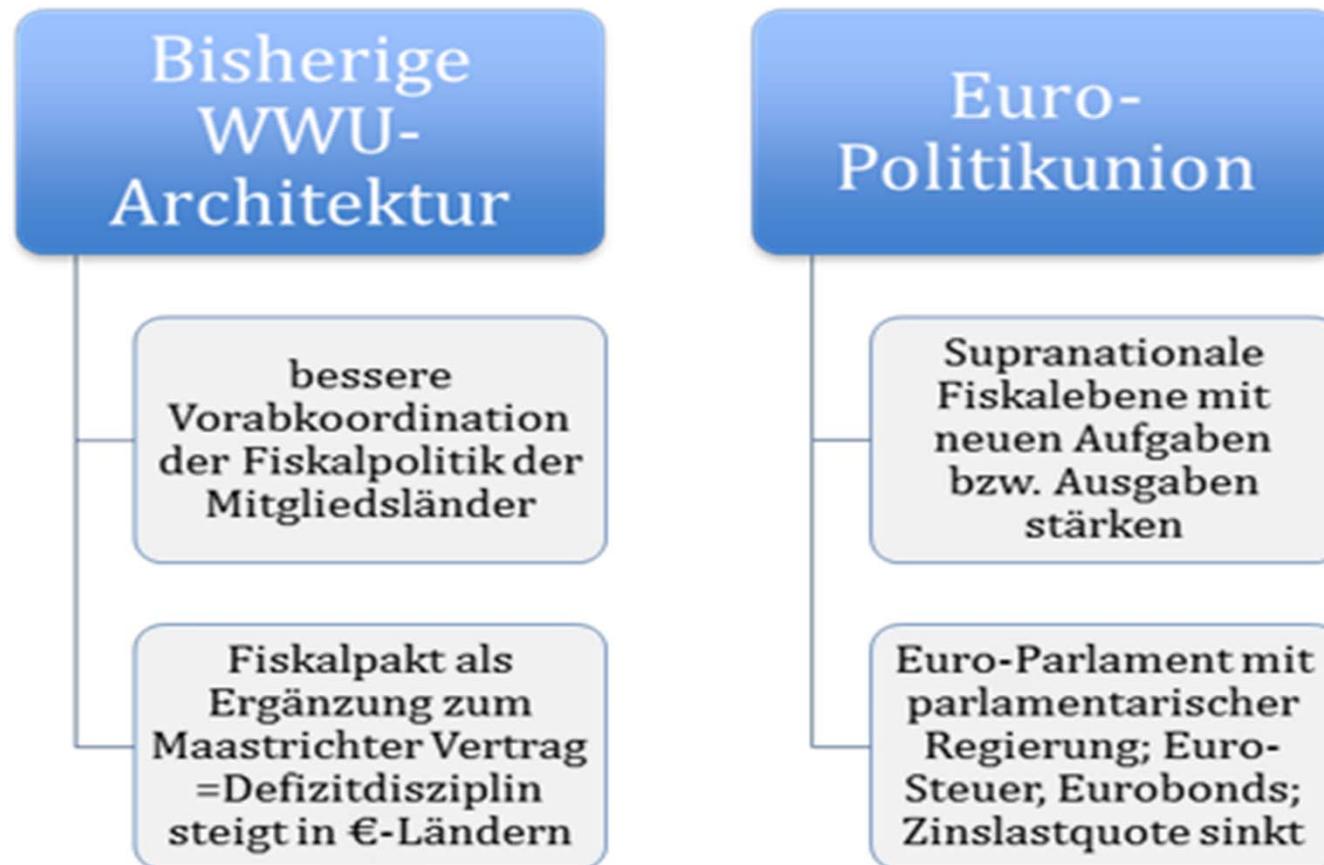


Abbildung 3: Grundlegende strategische Reformalternativen für eine nachhaltige Euro-Stabilisierung

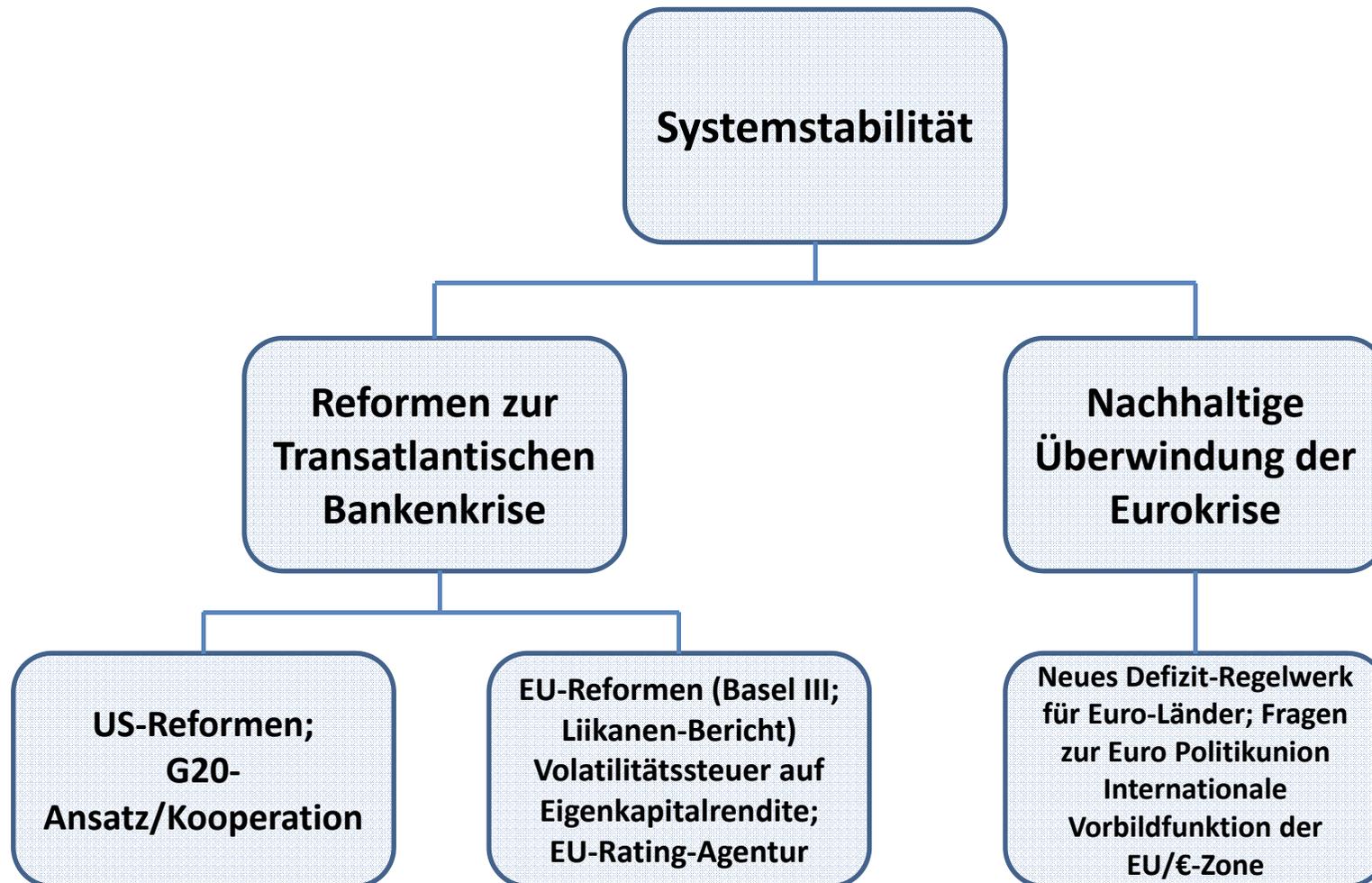


Schritt zu einer Euro-Politikunion, was z.T. nationalen Verzicht an politischer Souveränität bzw. vertikale Machtverschiebung bedeutet: mehr supranationale Politik= statt 1% künftig Ausgaben ca. 5% des Bruttoinlandsproduktes der €zone - dann hat man **Vorteile:**

- **Die Defizitgrenzen auf nationaler Ebene werden viel glaubwürdiger, weil eine mit größerer Aufgaben- und Ausgabenmacht ausgestattete supranationale Ebene der Wirtschaftspolitik mehr Anreize, aber auch mehr Druck in Sachen Defizitregel-Durchsetzung geben kann.**
 - Wenn man höheren Staatsverbrauch supranational verankert – Infrastruktur, Militär, Innovationsförderung, Energiepolitik... (national sinkt Staatsverbrauch) -, dann verliert auch denkbarer Konkurs eines Mitgliedslandes an Drohkraft = Druck auf alle Euroländer, sich vernünftig in Sachen Defizitpolitik zu verhalten
- **Das Modell der EU-Integration wird durch eine funktionsfähige Währungsunion gestärkt, was wiederum Mercosur, Asean etc. stärkt**

- **Die europäische Soziale Marktwirtschaft als attraktives politisches Modell wird sich in der globalen Systemkonkurrenz** des 21. Jahrhunderts behaupten können und es bestünde die Chance, die Ansätze und Ideen der Sozialen Marktwirtschaft auch nach Asien, Lateinamerika und Afrika zu exportieren.
- **Die Schaffung einer Euro-Politikunion kann einhergehen mit einer Senkung der Zinsausgabenquote in der Eurozone** und mithin auch mit einem insgesamt erhöhten finanzpolitischen Spielraum der Wirtschaftspolitik – bis hinein in die regionale Politikebene (Bundesländer): **Eink.steuern um 2,5% senken oder Bildungsausgaben entsprechend erhöhen**
- **Höhere supranationale Staatsverbrauchsquote nicht unbedingt kontra Subsidiaritätsprinzip**

Abbildung 4: Internationale Stabilitätsperspektiven



Eurokrise ist nicht vorüber

In alternden EU-Gesellschaften Defizitdruck strukturell; nächste Defizitkonflikte schon bald

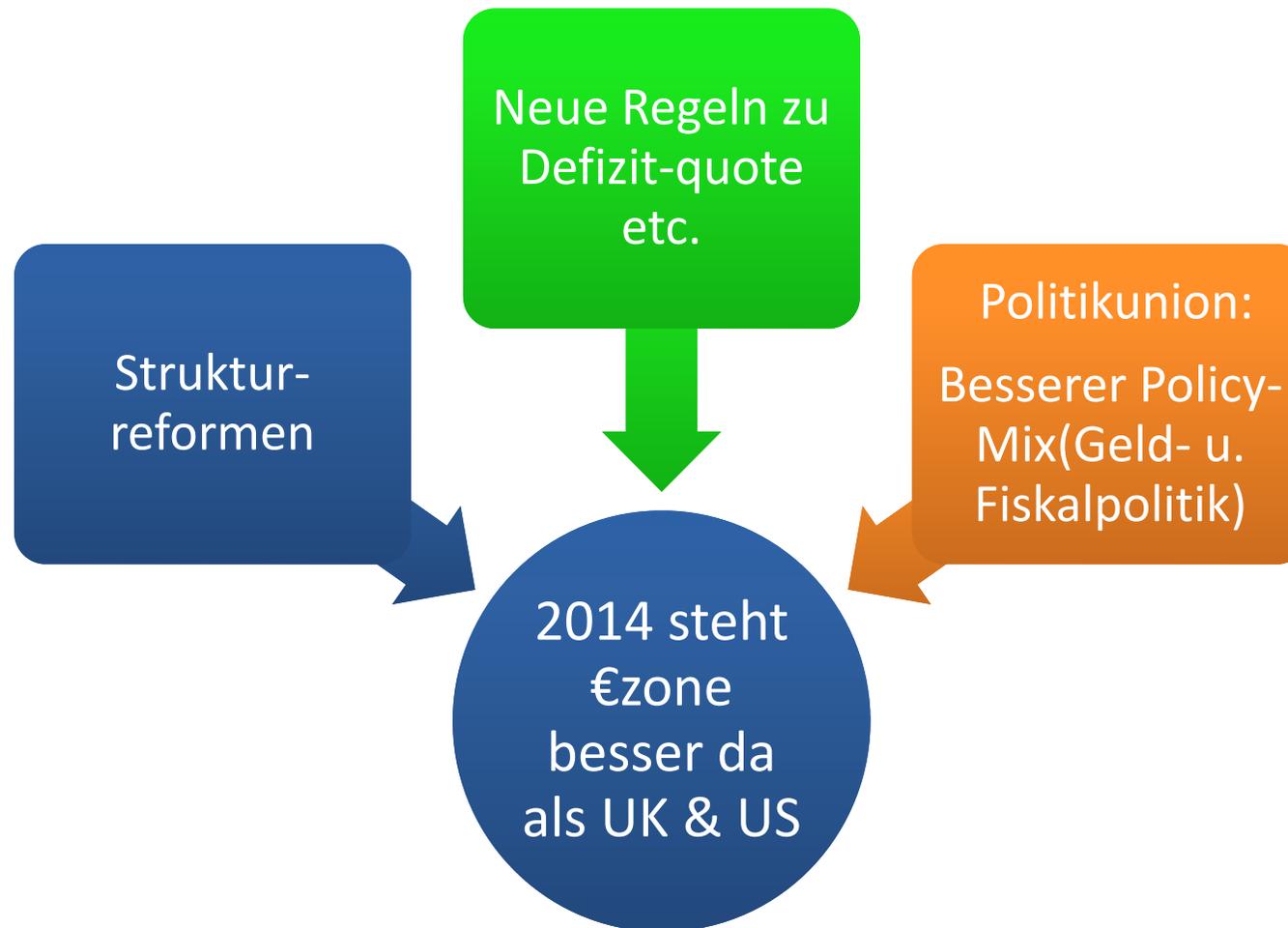
Fiskalpakt bzw. Defizitregeln nicht durchsetzbar; zudem: einheitliche Software der Finanzministerien fehlt

Mangelnde Führung EU/€zone

Europolitik-Union
=Durchsetzung gegenüber Euro-Ländern

Aufgaben u. Ausgaben auf supranationale Ebene verlagern

Eurozone hat Chance



Über den Autor

Prof. Dr. Paul JJ Welfens welfens@eiiw.uni-wuppertal.de

- leitet das Europäische Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Bergischen Universität Wuppertal (EIIW; www.eiiw.eu); Inhaber Lehrstuhl Makroökonomik; zuvor u.a. tätig an den Universitäten Duisburg, Johns Hopkins University (AICGS, Washington DC), Münster, Potsdam; Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris; Research Fellow, IZA, Bonn, Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC
- mehrfach mit Wissenschaftspreisen ausgezeichnet (Wolfgang-Ritter-Stiftung 1996; Internationaler Kondratieff-Preis 2007) – auch Preise für EIIW-Institutswissenschaftler; Welfens Gutachter u.a. für IWF, US Congress, Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag, NRW-Landesregierung, Stiftungen, Wissenschaftsrat, **hat schon im Herbst 2008 die Euro-Krise prognostiziert...**
- WELFENS ist Autor von über 100 Publikationen (auch in Engl., Franz., Span., Russ., Chin.), darunter Buch
Die Zukunft des Euro, Berlin 2012

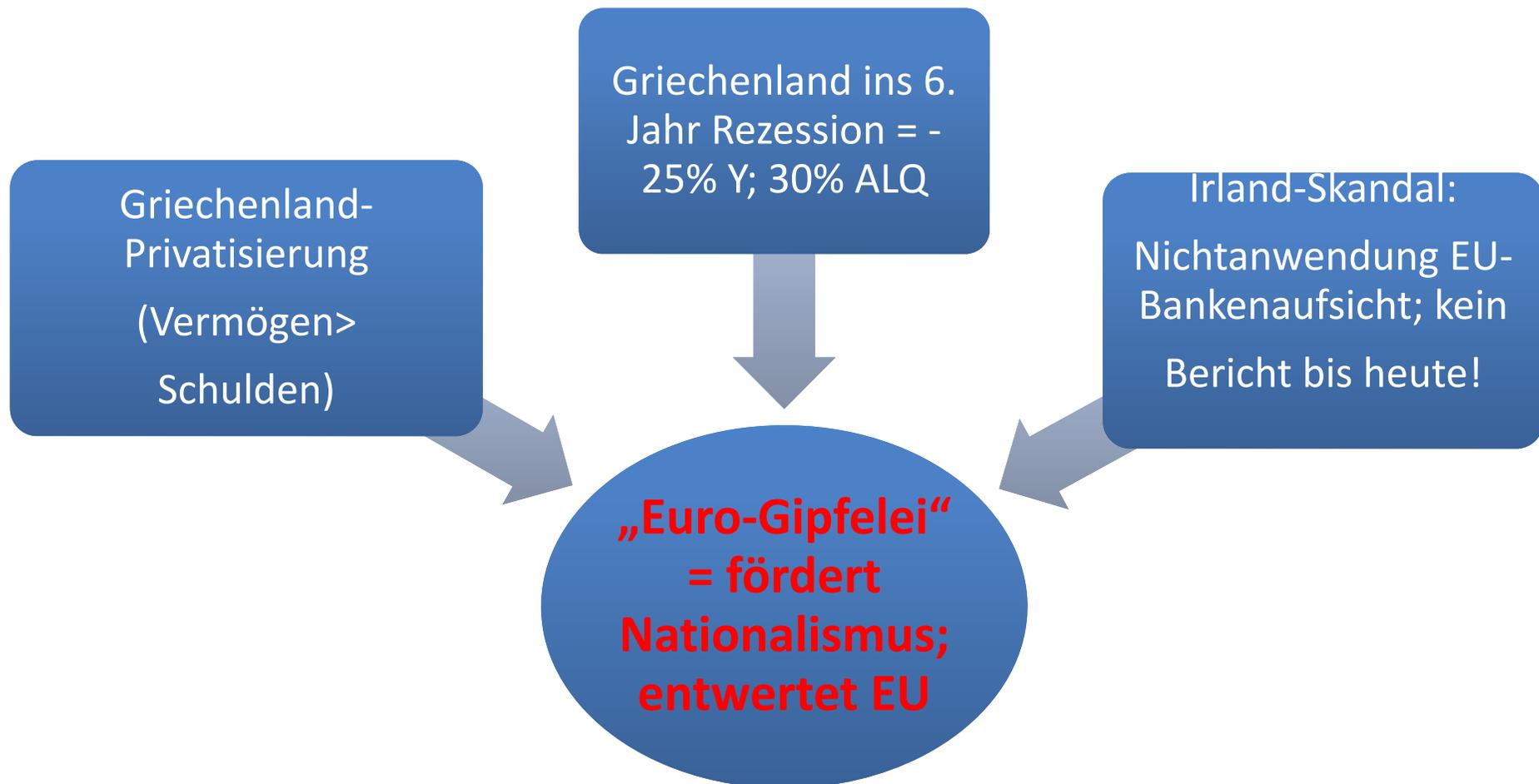


Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit www.eiiw.eu



www.eiiw.eu

Fehler im Krisenmanagement, speziell Griechenland & Irl.



„Wir Bürgerinnen und Bürger Europas...“

Haben ein
gemeinsames
Interesse

- an stabilem Euro
- an Wachstum

Haben ein
gemeinsames
konkretes
Interesse

- an guter Infrastruktur (meist kreditfinanziert)
- an **sicheren** Schulwegen
(höchste Todesquote: GR, PG)

8. Inwiefern ist mit einer fortschreitenden Krisenentwicklung in der Eurozone zu rechnen?

Tabelle 2: Zinsausgabenquote in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich, Irland, Griechenland, Portugal, Eurozone17, USA, Japan 1998, 2005, 2007, 2010, 2013

	1998	2005	2007	2010	2013
Deutschland	3,37	2,84	2,82	2,50	2,26
Frankreich	3,31	2,70	2,70	2,44	2,97
Italien	8,18	4,67	4,95	4,40	5,50
Spanien	4,21	1,79	1,61	1,91	2,64
Vereinigtes Königreich	3,47	2,10	2,22	2,89	3,21
Irland	3,38	1,05	1,05	3,14	5,88
Griechenland	8,23	4,67	4,80	5,81	7,70
Portugal	3,09	2,45	3,00	3,03	5,52
Eurozone (17 Länder)	4,59	3,00	2,98	2,80	3,26
USA	4,13	2,64	2,88	2,61	3,28
Japan	3,50	2,42	2,48	2,65	2,74

Quelle: Ameco Datenbank (EU)

- Anhang: Fragen zur Euro-Erweiterung
 - Bisher 3 von 6 als Krisenländer
 - Zusätzliche Kriterien erforderlich, damit hier keine Dauerkrise entsteht
 - Osteuropäische EU-Länder an Euro-Stabilität u.a. nach Erhöhung des IWF-Kapitals deutlich interessiert
 - Mahnungen der Deutschen Bundesbank (Stimme der Vernunft) Ernst nehmen

Tabelle 3: Übersicht über die Indikatoren der wirtschaftlichen Konvergenz

		Preisstabilität	Öffentliche Finanzen			Wechselkurs		Langfristiger Zinssatz
		HVPI-Inflation ¹⁾	Land mit übermäßigem Defizit ²⁾³⁾	Finanzierungssaldo des Staates ⁴⁾	Bruttoverschuldung des Staates ⁵⁾	Am WKM II teilnehmende Währung ⁶⁾	Wechselkurs gegenüber dem Euro ⁷⁾	Langfristiger Zinssatz ⁸⁾
BG	2010	3,0	Nein	-3,1	16,3	Nein	0,0	6,0
	2011	3,4	Ja	-2,1	16,3	Nein	0,0	5,4
	2012	2,7 ¹⁾	Ja ³⁾	-1,9	17,6	Nein ⁶⁾	0,0 ⁷⁾	5,3 ⁸⁾
CZ	2010	1,2	Ja	-4,8	38,1	Nein	4,4	3,9
	2011	2,1	Ja	-3,1	41,2	Nein	2,7	3,7
	2012	2,7 ¹⁾	Ja ³⁾	-2,9	43,9	Nein ⁶⁾	-1,8 ⁷⁾	3,5 ⁸⁾
LV	2010	-1,2	Ja	-8,2	44,7	Ja	-0,4	10,3
	2011	4,2	Ja	-3,5	42,6	Ja	0,3	5,9
	2012	4,1 ¹⁾	Ja ³⁾	-2,1	43,5	Ja ⁶⁾	1,1 ⁷⁾	5,8 ⁸⁾
LT	2010	1,2	Ja	-7,2	38,0	Ja	0,0	5,6
	2011	4,1	Ja	-5,5	38,5	Ja	0,0	5,2
	2012	4,2 ¹⁾	Ja ³⁾	-3,2	40,4	Ja ⁶⁾	0,0 ⁷⁾	5,2 ⁸⁾
HU	2010	4,7	Ja	-4,2	81,4	Nein	1,7	7,3
	2011	3,9	Ja	4,3	80,6	Nein	-1,4	7,6
	2012	4,3 ¹⁾	Ja ³⁾	-2,5	78,5	Nein ⁶⁾	-6,1 ⁷⁾	8,0 ⁸⁾
PL	2010	2,7	Ja	-7,8	54,8	Nein	7,7	5,8
	2011	3,9	Ja	-5,1	56,3	Nein	-3,2	6,0
	2012	4,0 ¹⁾	Ja ³⁾	-3,0	55,0	Nein ⁶⁾	-2,4 ⁷⁾	5,8 ⁸⁾
RO	2010	6,1	Ja	-6,8	30,5	Nein	0,7	7,3
	2011	5,8	Ja	-5,2	33,3	Nein	-0,6	7,3
	2012	4,6 ¹⁾	Ja ³⁾	-2,8	34,6	Nein ⁶⁾	-2,8 ⁷⁾	7,3 ⁸⁾
SE	2010	1,9	Nein	0,3	39,4	Nein	10,2	2,9
	2011	1,4	Nein	0,3	38,4	Nein	5,3	2,6
	2012	1,3 ¹⁾	Nein ³⁾	-0,3	35,6	Nein ⁶⁾	1,9 ⁷⁾	2,2 ⁸⁾
Referenzwert ¹⁾		3,1%		-3,0%	60,0%			5,8%

3. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens als Wirtschaftszentrum in Europa: Risiken aus der Euro-Krise und Fragen der Bankenaufsicht

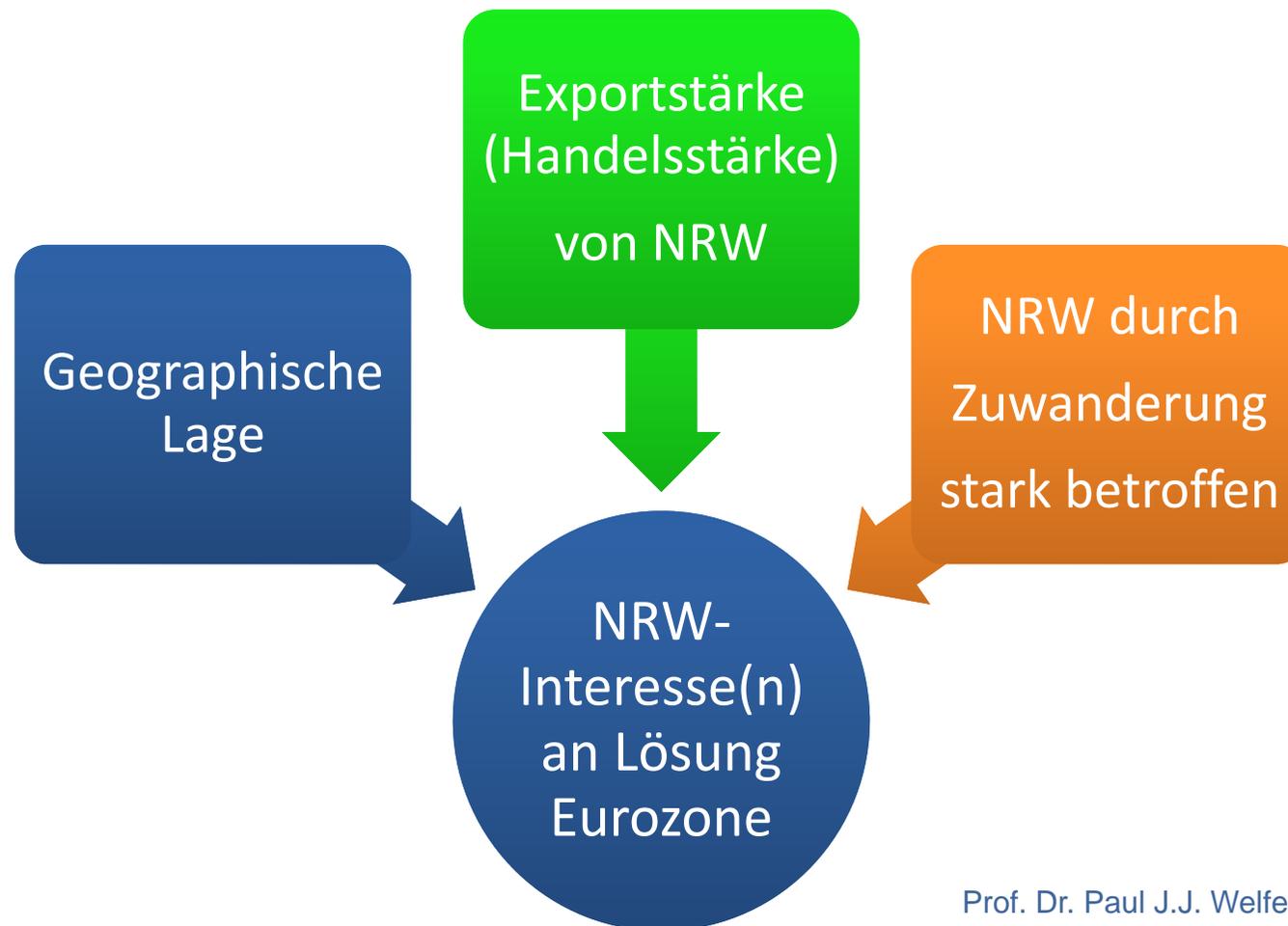


Abbildung 5: Zinsstufen nach Bonität

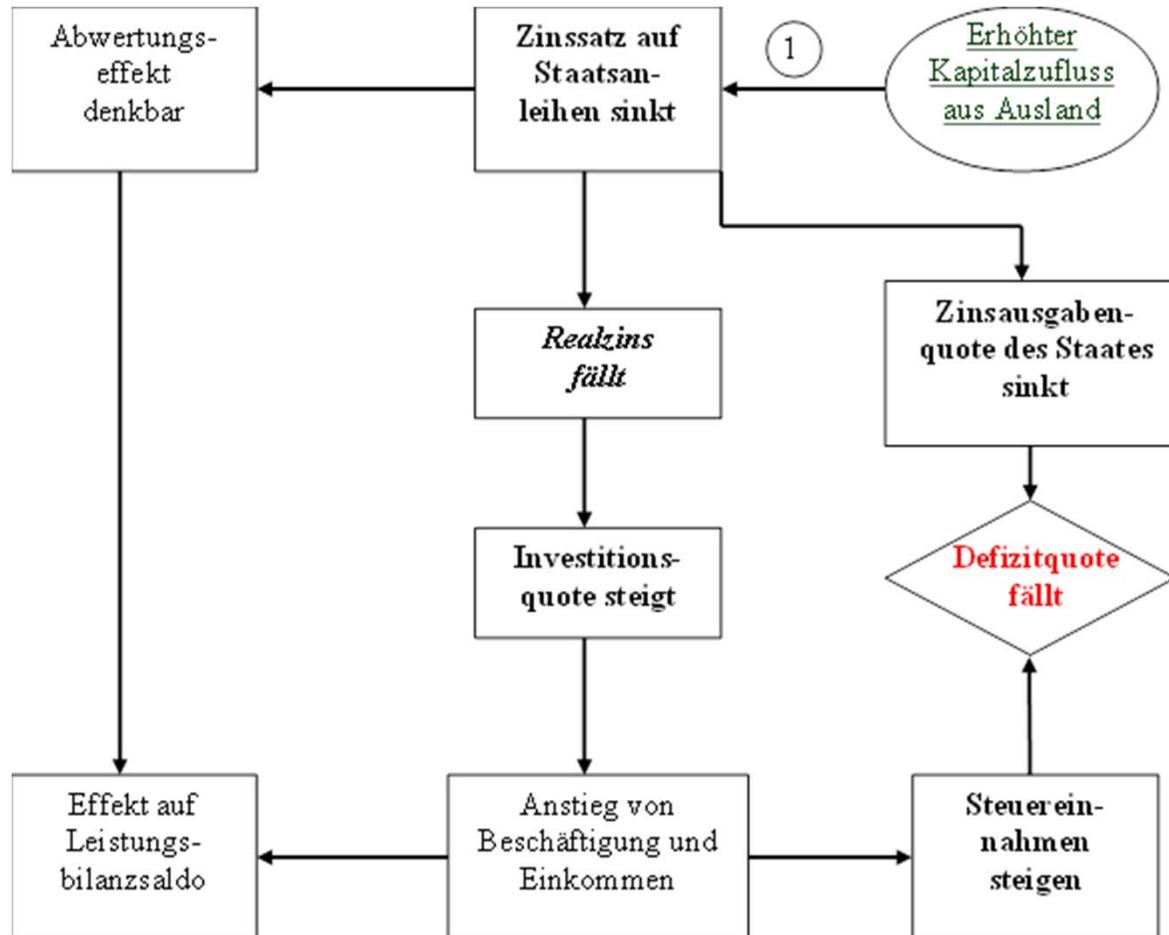


Tabelle 4: Entscheidungspakete zu nationalen Fiskalregelungen

	Sixpack	Euro-Plus-Pakt	Fiskalvertrag
Ratsbeschluss	8. November 2011	25. März 2011	2. März 2012
Teilnehmer	EU-27 ohne UK	Eurostaaten plus BG, DK, LT, LV, PL, RO	EU-27 ohne CZ, UK
Rechtliche Verankerung	EU-Sekundärrecht (Richtlinie 2011/85/EU)	Vereinbarung zur freiwilligen Selbstverpflichtung	Völkerrechtlicher Vertrag
Grenzwert	Keine Angabe	Keine Angabe	Strukturelles Defizit unterhalb 0,5 Prozent des BIP (Staaten mit Schuldenstand unterhalb 60 Prozent: 1 Prozent)
Vorgaben	Einführung länderspezifischer numerischer Haushaltsregeln zur Einhaltung der Referenzwerte des SWP	Verpflichtung zur Umsetzung der Haushaltsvorschriften des SWP in nationales Recht; freie Wahl des Rechtsinstruments (ausreichend verbindlich und dauerhaft)	Einführung von Bestimmungen im einzelstaatlichen Recht von „verbindlicher und dauerhafter Art“, „vorzugsweise mit Verfassungsrang“; Einrichtung eines automatischen Korrekturmechanismus auf der Basis eines Vorschlags der Kommission
Eingriffsmöglichkeiten der EU-Ebene	Keine Angabe	Anhörung der Kommission vor Erlass der Regel	Bericht der Kommission; Klagemöglichkeit der Mitgliedsstaaten beim EuGH
Sanktionen	Keine Angabe	Keine Angabe	Strafe bei Nichteinführung der Regel von bis zu 0,1 Prozent des BIP

Quelle: HEINEMANN, F., M.-D. MOESSINGER UND S. OSTERLOH (2012) Feigenblatt oder fiskalische Zeitenwende? Zur potenziellen Wirksamkeit des Fiskalvertrags, *integration*, 35 (3), 167-182.

Abbildung 6: Schematische Darstellung der Sichere-Hafen-Effekte für Deutschland



12 Punkte einer neuen Konzeption für eine nachhaltig stabile Euro-Währungsunion

1. Die Strukturprobleme hinter der Eurokrise gilt es zu überwinden.
2. Die Euro-Krise ist durch z.T. schwaches Krisenmanagement in den Jahren 2010-2012 nur teilweise erfolgreich bekämpft worden.
3. Die vom Ifo-Institut zur Euro-Krise genannten Zahlen zu den Risiken für den deutschen Steuerzahler stehen für eine einseitige und z.T. fehlerhafte Analyse.
4. Es ist dringlich, dass eine Vereinfachung des Defizitregelwerks vorgenommen wird. Eine wichtige Regelergänzung sollte – mit Sanktionsbewehrung – lauten, dass Euro-Länder im Boom einen Haushaltsüberschuss erzielen müssen und solche Länder können auch bei der Emission von Euro-Gemeinschaftsanleihen dann mitwirken.

5. Zu einer funktionsfähigen Eurozone gehört mehr vergemeinschaftete Wirtschaftspolitik und daher auch ein Mehr an politischer Zusammenarbeit bzw. ein Ausbau der Brüsseler Kompetenzen.
6. Die Euro-Krise hat zu extremen Einkommensrückgängen in einigen Krisen-Ländern der Eurozone geführt, so dass man den Eindruck einer schwachen Sozialen Marktwirtschaft erhält, die doch ordnungspolitisch die EU prägt. Die regionale EU-Mittelvergabe kann allerdings insgesamt effizienter erfolgen, wenn man bei den Kriterien eine sinnvolle Anpassung vornimmt.
7. Nordrhein-Westfalen als von der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verflechtung sehr stark europäisch ausgerichtetes Land ist von der Rezession im Süden der Eurozone unmittelbar negativ betroffen und sicherlich haben die Menschen ein großes Interesse an einer zügigen und nachhaltigen Stabilisierung der Eurozone bzw. durchdachten EU-Reformen.

8. Es ist wünschenswert, dass die EZB über Euro-Gemeinschaftsanleihen eine Option für Quantitative Easing-Politik bekommt. Euro-Gemeinschaftsanleihen könnten, sofern gegen nationale Euro-Anleihen umgetauscht, bei den Banken wieder die Verfügbarkeit über ein risikoloses Aktivum bringen, was die Banken stabilisieren und die Kreditvergabe stimulieren kann.

9. Während aus ökonomischer Sicht im EU-Finanzbinnenmarkt eine supranationale Bankenaufsicht durchaus – in sinnvoller Arbeitsteilung mit den nationalen Zentralbanken – sinnvoll ist, kann man bezweifeln, dass die EZB der geeignete Akteur ist. Die Glaubwürdigkeit im Bereich der Geldpolitik wird durch die Zusatzrolle der EZB wohl beeinträchtigt werden, so dass die Geldpolitik verschärft mit ihrem Instrumentarium bei Inflationsgefahren eingreifen müsste; das ist problematisch.



10. Der ökonomische Vorteil des Euro beträgt pro Person – über die Lebenszeit gerechnet - rund 10 000 € in einer funktionsfähigen Währungsunion; als solche kann man eine Eurozone mit Politischer Union bzw. vernünftigem Regelwerk in der Finanz- und Wirtschaftspolitik ansehen.

11. Eine solide Staatsfinanzierung in allen EU-Ländern ist unabdingbar, wobei Anpassungen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite denkbar sind, wobei man ggf. stärker auf die Mehrwertsteuer setzen sollte.

12. Die Eurozone kann im Rahmen einer politischen Union die Übertragung von Kompetenzen von der nationalen auf die supranationale Ebene regeln; die supranationale Staatsquote sollte deutlich ansteigen, die Staatsquote auf nationaler Ebene vermindert werden, wobei vor allem Infrastruktur-, Militär- und Innovationsförderausgaben auf die supranationale Ebene verlagert werden. Supranationale Staatsquote **Richtung 5%** bei gleichzeitiger vertikaler Aufgabenverschiebung